

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 64 Pf.

Verleger: Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft Weixen, für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Alttanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Brannsdorf, Buchhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Pörsogswalde mit Karsberg, Pörsogsdorf, Kaufbach, Keffelsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Simbach, Bogen, Rohorn, Mültz-Rothschön, Runzig, Neutanneberg, Niederwartha, Obergermsdorf, Bohrsdorf, Böhrsdorf bei Wilsdruff, Roigsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmetzdorfe, Sora, Steinbach bei Keffelsdorf, Steinbach bei Rohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Landenheim, Lufsdorf, Weistropf, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunk, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schunk, für den übrigen Teil: Johannes Krig, beide in Wilsdruff.

No. 72.

Dienstag, den 29. Juni 1909.

68. Jahrg.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 28. Juni.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler beim Kaiser.

Der Reichskanzler Fürst Bülow trat am Sonnabend früh 8 Uhr 21 Minuten im Salonwagen von Berlin kommend in Kiel ein. Zum Empfang waren auf dem Bahnhof anwesend der Chef des Marinekabinetts von Müller und der Gesandte von Treulker. Der Reichskanzler fuhr mit den genannten Herren an Bord der „Hohenzollern“, wo der Kaiser ihn am Faltreep herzlich begrüßte. Der Kaiser und der Kanzler begaben sich sofort nach dem Küsterted, wo sie eine mehrstündige Unterredung hatten, an der auch eine Zeit lang der Chef des Zivilkabinetts von Valentini teilnahm.

Der Kaiser soll, dem „Local-Anzeiger“ zufolge, sehr verstimmt gegen die Konservativen sein; in Berliner politischen Kreisen rechnet man jetzt mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung.

Ein Entlassungsgesuch des Reichskanzlers vom Kaiser abgelehnt!

Bei seinem Vortrage über die politische Lage hat der Reichskanzler den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Der Kaiser hat es jedoch abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblicke dem Wunsche des Fürsten Bülow zu entsprechen. Der Kaiser wies darauf hin, daß nach der einmütigen Ueberzeugung der verbündeten Regierungen das baldige Zustandekommen der Finanzreform für die innere Wohlfahrt wie für die Stellung des Reiches nach Außen eine Lebensfrage sei. Es könne unter diesen Umständen der Erfüllung des Wunsches des Fürsten Bülow auf Enthebung von seinen Ämtern nicht eher nähergetreten, als bis die Arbeiten für die Reichsfinanzreform ein positives und für die verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis gezeitigt haben würden.

Bülows schwarze Stunde.

Dem sonst so vom Glück begünstigten Fürsten Bülow scheint sein Stern nicht mehr zu leuchten, die Erbschaftsteuer ist gefallen, und mit ihr ist wohl auch das Schicksal des Fürsten Bülow bestiegelt, denn nach seinen mehrfachen getanen Aueherungen kann es jetzt ein Zurück nicht mehr geben. „Von der Parteien Hag und Gonn getragen, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Es ist kein Zufall, daß unsere Staatsmänner auf dem Gebiete der äußeren Politik meist viel erfolgreicher sind, als auf innerem Gebiete, und selbst dem Reichskanzler erging es nicht anders, auch er hat im Inneren schwere Kämpfe zu führen gehabt, und hat dabei auch nicht immer glänzend operiert, sondern mehr als einmal einlenken müssen.

Nun läßt sich ja ein Bülow an der Größe eines Bismarcks schwerlich messen, aber es muß zugestanden werden, daß der jetzige Reichskanzler unter weit schwierigeren Verhältnissen die Geschäfte hat führen müssen, als sein großer Vorgänger. Damals, nach der Einnahme des Reiches, war das Nationalgefühl ein viel stärkeres, während in der Jetztzeit der Streit der Interessen sein Haupt erhebt und zum großen Teil auch die Parteien unter seine Botmäßigkeit gebracht hat. Man hat oft am Fürsten Bülow eine starke Hand vermist, ob aber damit immer ein günstiges Resultat erzielt worden wäre, kann fraglich bleiben, es wäre vielleicht dann nur noch zu größeren Konflikten gekommen, da beispielsweise eben jetzt die konservative Partei gezeigt hat, wie auch sie fest zu bleiben versteht. Man vergißt auch, wie viel Widerstände oft zu überwinden sind, ehe es möglich ist, eine ins Auge gefaßte Maßnahme durchzuführen; nicht bloß die allerhöchsten Stellen und einflussreichen Persönlichkeiten und deren Umgebung kommen in Frage, sondern gerade in hochwichtigen Dingen hat es oft genug schwerer Arbeit bedurft, die Zustimmung von Bundesregierungen zu erhalten.

Sieht man sich den Gang der Reichsfinanzreform an, so ist es ja richtig, daß man schon im ersten Stadium eine energisere Haltung der Regierung hätte erwarten

müssen, aber mit Steuerprojekten ist es eben eine leichte Sache. Auf der einen Seite ist man allgemein der Ueberzeugung, daß Geld herbeigeschafft werden soll, auf der anderen Seite kommen bei der Aufbringung der Mittel die Differenzen, weil einer dem anderen die neuen Belastungen zuschieben und selber möglichst verschont bleiben möchte. Nach den Vorgängen der letzten Wochen, speziell in der Finanzkommission, war das Resultat der Donnerstags-Sitzung voranzusehen, und trotz eines fröhlichen Optimismus mußte man auch wohl in Regierungskreisen mit dieser Möglichkeit rechnen, denn in den letzten Tagen häuften sich die Meldungen, daß im Bundesrat die Regierung wachte, erforderlichenfalls den Reichstag aufzulösen. Nun ist das negative Resultat da, was was nun?

Es hat heute gegeben, welche allen Ernstes glaubten, daß der Fürst Bülow sofort nach dem Scheitern der Erbschaftsteuer, bei der infolge Ablehnung aller Bestimmungen, selbst der Heberschrift, die dritte Lesung nicht mehr möglich ist, mit der bräutlichen Mappe erscheinen und die Auflösung des Reichstages vollziehen werde. Aber: „So schnell schießen die Preußen nicht!“, heißt es in einem Sprichwort. Es wird demgegenüber geltend gemacht, daß die Erbschaftsteuer ja nur ein Teil der ganzen Finanzreform sei, und das es im Interesse des Reiches notwendig sei, abzuwarten, in welcher Weise sich die übrigen Steuerprojekte gestalten werden, um dann eine definitive Entscheidung zu treffen. Für den Fürsten Bülow gibt es nur zwei Möglichkeiten, selber zurückzutreten oder den Reichstag aufzulösen. Ob man sich im Bundesrat zu der letzteren Maßnahme entschließen wird, läßt sich in keiner Weise voraussehen, wenigstens die Wahrscheinlichkeit hierfür keine allzugroße ist; doch andererseits aber Fürst Bülow bei Verzicht auf einen Appell an das Volk nicht weiter im Amte bleiben kann, ist selbstverständlich. Sein Sturz aber würde zweifellos noch andere mit sich ziehen, zum mindestens den Schatzsekretär Sydow mit sich reißen.

Die Finanznot in Deutschland und Frankreich

erörtert Abg. Jules Roche in einem Leitartikel des „Figaro“ in der offenkundigen Absicht, den Nachweis dafür zu erbringen, daß Frankreich in fiskalischer Hinsicht weit schlimmer daran sei, als Deutschland, obwohl der Finanzminister Callaux in seinem Budgetentwurf für 1910 das Gegenteil behauptet.

Die deutsche Regierung, so schreibt Abg. Roche aus, verlange die Erhöhungen der Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier, Wein und Erbschaften von 306 auf 795 Millionen Frank. Nun entstehen aber in Frankreich nach dem Budget für 1909 auf die gleichen Posten nicht weniger als 1059 Millionen, sodas die Deutschen, selbst nach der Annahme der ursprünglichen Regierungsvorschläge noch immer 264 Millionen weniger zu zahlen hätten, als die Franzosen. Dieses Mißverhältnis wachse aber noch mehr, wenn man die Verschiedenheit der Bevölkerungszahl in den beiden Ländern, 64 bzw. 39 Millionen, berücksichtige. Da ergebe sich, daß auf jeden Deutschen bzw. Franzosen entfallen: An Alkoholsteuer 2,28 Frank bzw. 8,50 Frank, an Tabaksteuer 0,50 bzw. 9,82 Frank, an Biersteuer 1,08 bzw. 0,36 Frank, an Weinsteuer 0,10 bzw. 9,82 Frank und an Erbschaftsteuer 0,81 bzw. 3,97 Frank. Selbst wenn die von der Regierung vorgeschlagenen neuen Steuern vom Reichstage genehmigt würden, blieben die fiskalischen Lasten der Deutschen noch weit hinter denen der Franzosen zurück. Der Einwand, daß in Deutschland die indirekten Steuern noch durch die Abgaben in den einzelnen Staaten erhöht würden sei nicht stichhaltig, da beispielsweise in Preußen das Budget von 4202 Millionen Frank an indirekten Steuern nur 140 Millionen enthalte. Nicht viel besser sei es um den landläufigen Einwand bestellt, Frankreich sei bedeutend reicher, als Deutschland, und müsse deshalb notgedrungen mehr Erbschaftsteuer entrichten. Diese Legende von der Ueberlegenheit des französischen Reichstums habe sich längst überlebt, da das Gesamtvermögen Frankreichs auf rund 200 Milliarden, dasjenige Deutschlands aber auf 375 Milliarden berechnet würde. Stellt man aber die Berechnung des Gesamtvermögens nach der Durchschnittsziffer der Verlosenschaften der letzten fünf Jahre an, die 5400 Millionen betrage, so erhält man nur eine Gesamtziffer von 189 Milliarden. In

Frankreich werden jährlich rund zwei Milliarden dem Nationalvermögen hinzugefügt, in Deutschland hingegen mindestens vier bis fünf Milliarden. Tatsache sei, daß die Einlagen in den deutschen Sparkassen alljährlich um 625 Millionen Frank zunehmen und gegenwärtig 17862 Millionen Frank überstiegen, während sie 1875 kaum 2337 Millionen erreichten. Das steuerpflichtige Einkommen sei in Preußen in den Jahren 1802 bis 1907 von 7941 Millionen Frank auf 17622 Millionen Frank, also um mehr als 121 Prozent gestiegen.

Die Debatte im Reichstage, die gleichzeitig mit der Erörterung der Finanzlage Frankreichs erfolgt, enthalte, so schließt Roche, zwei wichtige Lehren, die man nicht aufmerksam genug berücksichtigen könne: Die fiskalischen Reserven Deutschlands seien bedeutend, die französischen hingegen erschöpft. In Frankreich habe die Steuerkraft der Bewohner den höchsten Punkt erreicht, in Deutschland hingegen habe das Budget noch einen ansehnlichen Spielraum vor sich. Deutschland wachse nicht nur an Bevölkerung viel rascher als Frankreich, sondern auch in weit größerem Maße an Reichtum.

Ausland.

Ein russisches Bahnpanama.

Die russische Regierung ist auf neue riesenhafte Unternehmungen im Betriebe der Eisenbahnverwaltung gestoßen. Wie in Petersburg jodern bekannt wird, sind auf Verfügung des Verkehrsministers sämtliche Direktoren der Wolga-Bugulma-Bahn entlassen worden, weil eine Untersuchung festgestellt hat, daß sie samt und sonders an seit langer Zeit in großem Maßstabe betriebenen groben Unregelmäßigkeiten zum Schaden der Staatskasse beteiligt waren. Mit Bissen der Direktion wurden zur Verdeckung der unterschlagenen Summen doppelte Bücher geführt. Besonders stark ist die Direktion durch den Nachweis kompromittiert, daß sie bei allen Lieferungen für die Bahn starke Extragewinne für sich selber zu erzielen suchte. Es wurden einfach Schienen niedriger Qualität möglichst billig eingekauft, aber die höchsten Preise als dafür gezahlt in die Bücher eingetragen. Ferner wurden Einträge gemacht, nach denen fingierte Lieferungen angeblich bis zu einer Million Mark Vorschüsse gewährt worden sein sollten; es ist festgestellt, daß die Firmen gar nicht existieren und für die Summen nicht das geringste geliefert worden ist. Das Resultat dieser grauenhaften Mißwirtschaft war schließlich, daß die Direktion die wirklich ausgeführten Arbeiten und Lieferungen nicht mehr bezahlen konnte, obgleich sie vom Finanzministerium entsprechende Deckung erhalten hatte. Dadurch kam dann der ganze Schwindel an den Tag. Der genaue Umfang der Unterschlagungen ist noch nicht ermittelt, doch ist es schon nach den bisherigen Untersuchungen zweifellos, daß sie sich auf mehrere Millionen Rubel belaufen.

Die Orientbahnangelegenheit geregelt.

Zwischen der bulgarischen Regierung und dem Vertreter der Orientbahnen in Sofia haben die Verhandlungen endlich zu einer endgültigen Verständigung geführt. Danach hat die bulgarische Regierung an die Orientbahn außer der seitens der Porte an die Bahngesellschaft zu leistenden Entschädigung von 21 1/2 Millionen Frank noch 2100000 Frank als Ersatz für Inventar und Betriebseinnahmen zu zahlen und das gesamte rollende Material an die Orientbahnen zurückzugeben.

Die neue Krise in Marokko.

Die „Adner Zeitung“ meldet aus Tanger: Der Stamm der Abdjeras hat die deutsche und die englische Gesandtschaft ersuchen lassen, auf den Vertreter des Sultans, El Gebba, dahin zu wirken, daß dieser Kalfuli von dem beabsichtigten Kriegszug gegen die Abdjeras abrate. Kalfuli, der von Mulay Hafid zum Gouverneur der Abdjeras ernannt ist, will die Einlegung seines von den Abdjeras verfolgten Vertreters mit Waffengewalt erzwingen. Der Vertreter des Sultans wird in dem gewünschten Sinne handeln, da die Abdjeras mit Erschießen von Europäern drohen. Wie die Correspondencia Espana aus Tanger erfährt, soll die auf Befehl Mulay Hafids erfolgte Vergiftung seines Bruders Mulay